

Die Stunde der Patrioten

Ansgar Lange

Reform, Patriotismus, Anstand – diese schönen und hehren Begriffe sind von Deutschlands Sozialdemokraten zu Unwörtern gemacht worden. „Reform“ steht für ungefähr alles, was Schröder & Co. seit 1998 falsch gemacht oder versäumt haben. Bundeswehr und Gesundheitswesen wurden Reformen unterzogen, die unsere Streitkräfte zu einem kastrierten Kater und die Ministerin Ulla Schmidt zu einem täglichen Satireobjekt gemacht haben („Reformhaus Schmidt“). Der Patriotismus wird von den Nachfahren der Partei, die von Wilhelm II. in seiner Bremerhavener Rede von 1900 als „vaterlose Gesellen“ denunziert wurden, immer dann hervorgekramt, wenn den Ge- nossen und der Bundesregierung das Wasser bis zum Hals steht. Als Begründung dafür, dass Deutschland nicht am Irak-Krieg teilnehmen werde, redete Gerhard Schröder einst geschichtsvergessen vom „deutschen Weg“, den er zu beschreiten gedenke. Hätte ein CDU-Kanzler so gesprochen, wäre er von den links-liberalen Medien rituell geschlachtet worden. Man hätte an das „deutsche Wesen“ erinnert, an dem einst die ganze Welt genesen sollte. „Unanständig“ ist man nach der Definition des Kanzlers, wenn man die Weisheit seiner politischen Entscheidungen in Zweifel zieht. Die CDU-Politiker, die vor geraumer Zeit eine Diskussion über unsere „Leitkultur“ anstoßen wollten, sollten mit einem „Aufstand der Anständigen“ zum Schweigen gebracht werden. Es versteht sich, dass Schröder und Fischer vor allem das rot-grüne Lager

zum harten Kern der Anständigen zählten. Im Frühjahr dieses Jahres missbrauchten einige Spitzengenossen – prominente Vertreter der „Grünen“ verharrten derweil in den Schützengräben – die Wörter „patriotisch“ und „anständig“, um all diejenigen Unternehmer zu denunzieren, die nicht mehr glauben, dass die Welt am deutschen Tarifrecht genesen kann, und daher zunehmend im Ausland produzieren. Da eine solche aufgeheizte „Patriotismusdebatte“ auch im Vorwahlkampf in den Vereinigten Staaten eine wichtige Rolle spielt, lohnt sich ein nüchterner und vorurteilsfreier Blick auf das, was die Experten als so genanntes *Offshore-Outsourcing* bezeichnen. Dieser Anglizismus benennt den zunehmenden Trend unserer Zeit, Jobs in Bangalore und Bratislava und nicht in Bonn und Berlin zu schaffen. Da „sich Deutschlands Exportweltmeisterschaft mittlerweile auf die Ausfuhr von Arbeitsplätzen konzentriert“ (Mathias Zschaler), muss diese Diskussion geführt werden; allerdings fern von jener dumpfen Stammtischpolemik und Schaumschlägerei jener Politiker, die nicht mehr ein noch aus wissen, da sie nicht nur alles anders, sondern auch alles schlechter gemacht haben als die Vorgängerregierung von Helmut Kohl, die so gern als Reformbremse tituliert worden ist.

Ein Land von der Größe und dem Einfluss der Vereinigten Staaten kann sich Kirchturmdenken eigentlich nicht leisten. Die von Bill Clinton und George Bush betriebene Wirtschafts- und Finanzpolitik,

die im Großen und Ganzen wesentlich erfolgreicher als die von Gerhard Schröder angelegt war und ist, müsste den Amerikanern das Gefühl vermitteln, dass sie sich selbstbewusst dem internationalen Handel stellen dürfen. Ein Wahlkampf eignet sich aber bestens dazu, die lästige Ratio beiseite zu lassen und Emotion pur, nämlich das Bauchgefühl der Wählerinnen und Wähler, anzusprechen.

Ahnenforschung bei Call-Center-Agenten

Als der Star-Ökonom der Regierung Bush, Gregory Mankiw, Ende Februar sagte, eine Verlagerung von Arbeitsplätzen in Billiglohnländer wirke sich langfristig positiv auf die wirtschaftliche Entwicklung des Landes aus, hagelte es Proteste. Der demokratische Präsidentschaftskandidat John Kerry mutierte zum Retter der einheimischen Arbeitsplätze. Bush ruderte unter diesem öffentlichen Druck zurück und forderte wie etliche US-Gouverneure, die Arbeitsplätze sollten „im Land“ bleiben, frei nach dem Motto „America first“. John Kerry hat in der deutschen öffentlichen und veröffentlichten Meinung allemal die besseren Karten als der „Kriegspräsident“ George Bush. Die „dunklen Seiten“ des demokratischen Herausforderers werden gern ausgeblendet. So brachte die vermeintliche Lichtgestalt Kerry in ihrer Eigenschaft als Senator von Massachusetts eine etwas „tümelnde“ Gesetzesinitiative ein, wonach Call-Center-Agenten bei jedem Kundenkontakt via Telefon oder E-Mail erklären müssen, in welchem Land sie stationiert sind. Englisch sprechende India am anderen Ende der Leitung sind also nicht länger erwünscht. Kerrys Begründung: Hiermit werde „ein großer Schritt getan, amerikanische Jobs zu erhalten“. Die Befürworter des Freihandels haben John Kerry bereits als Heuchler entlarvt, da er seine Wahlkampagne mit Hilfe von kanadischen Telefonisten und

ausländischen Praktikanten betreibt. Die Republikaner brachten – auch wegen anderer Diskrepanzen in den Meinungsäußerungen ihres Konkurrenten – das Wort vom „Flip-Flop-Kerry“ in Umlauf, der eine Art „Neo-Protektionismus“ betreibt. Abgesehen davon, dass Kerrys These, *Offshore-Outsourcing* vernichte amerikanische Arbeitsplätze, so nicht aufrechterhalten werden kann, sollte man die Kehrseite der Medaille betrachten. Diejenigen, die sich militant gegen die Auslagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland wenden, akzeptieren beispielsweise stillschweigend, dass siebzig Prozent der India, also ungefähr 700 Millionen Menschen, auch in Zukunft in der Landwirtschaft arbeiten müssen und nicht als Computerfachmann in Bangalore arbeiten dürfen. Guido Hülsmann geht folgerichtig mit den protektionistischen „Gutmenschen“ ins Gericht, welche die Globalisierung zum Feindbild erkoren haben: „Protektionismus in einem Land bedeutet immer auch Einkommensverluste in anderen Ländern. Der Protektionismus der westlichen Länder, vor allem im Bereich landwirtschaftlicher Produkte, ist sicherlich das größte Hemmnis für die Entwicklung der Dritten Welt.“ Doch nicht nur Indien profitiert vom *Offshore-Outsourcing*. Eine von der Information Technology Association of America finanzierte Studie kommt zu dem Schluss, dass durch *Outsourcing* von Dienstleistungen im US-Computerbereich bis zum Jahr 2008 rund 317 000 neue Stellen geschaffen würden, während „nur“ 104 000 Posten wegfielen. Andere Berechnungen ergeben, dass in den Vereinigten Staaten für einen ins Ausland transferierten US-Arbeitsplatz 1,2 Stellen in der Heimat geschaffen würden. In Deutschland sieht das Verhältnis schlechter aus: Bei uns ist das Verhältnis 1 zu 0,8. Während in den USA durch Verlagerungen ins Ausland *mehr* Jobs im Inland entstehen, sieht es zurzeit in „Schröderland“ anders aus.

Aus diesen Vergleichszahlen lässt sich ersehen, dass nicht die „böse“ Globalisierung und damit verbundene Tendenzen zum *Nearshoring* (deutsche Unternehmer verlagern Jobs nach Tschechien, Ungarn oder Polen) oder *Offshoring* (deutsche Firmenchefs schaffen Arbeitsplätze in Indien oder China) die Schuld an den schlechten deutschen Werten tragen. Fachleute auf höchster Ebene bestätigen diese Einschätzung. Carlos Braga, Senior Adviser für globalen Handel bei der Weltbank, hält den Einfluss des freien internationalen Handels auf die Arbeitsplätze für viel geringer als den Einfluss der inländischen Wirtschaft. Gegenüber dem Fachdienst *Competence Report* des Krefelder Customer Contact Centers Sitel betonte Braga, dass der Faktor „niedrige Lohnkosten“ von ausländischen Spezialisten generell überschätzt werde. In diesem Zusammenhang lobte er Indiens „breite Verfügbarkeit von gut ausgebildetem, englischsprachigem Personal“. Auf den Punkt gebracht heißt das: Deutschland schneidet im Vergleich zu den USA beim Thema *Offshore-Outsourcing* schlechter ab, da das Land insbesondere in den vergangenen sechs Jahren wirtschaftspolitische Reformen verschlafen und in puncto Ausbildungsniveau dramatisch Terrain verloren hat.

Wirklichkeitsverweigerung und Ablenkungsmanöver

Und was macht die deutsche Politik, um das Land fit für die Zukunft und die Herausforderung der Globalisierung zu machen? Seitdem Schröder und die SPD bei Meinungsumfragen dramatisch eingessackt sind, hält der ehemalige „Genosse der Bosse“ nicht mehr so viel von der Globalisierung. Der „Autokanzler“ sieht ohnmächtig zu, dass der Anteil der Auslandsproduktion deutscher Pkw-Bauer mittlerweile bei rund 45 Prozent liegt. Wenn es Bundeskanzler Schröder schlecht geht, legt er seine Patriotismus-Platte auf. So bezeichnete er die an Unternehmer ge-

richtete Aufforderung von Ludwig Georg Braun, Arbeitsplätze jenseits der Landesgrenzen zu schaffen, als „unpatriotischen Akt“. Dabei hatte der Präsident des deutschen Industrie- und Handelskammatages die Firmenchefs lediglich dazu aufgerufen, die Chancen der bald anstehenden EU-Osterweiterung offensiv zu nutzen. Und Klaus Uwe Benneter, einst bekannt unter dem Namen „Benni Bürgerschreck“, heute Generalsekretär der SPD, legte in der *Welt* nach: „Es ist zum Beispiel unanständig, wenn Wirtschaftsfunktionäre zur Verlagerung deutscher Arbeitsplätze ins Ausland aufrufen und Arbeitsplatzexport zum Druckmittel in der innenpolitischen Diskussion machen. Überhaupt gibt es bei Unternehmern die Tendenz, nur die Vorteile dieses Landes zu nutzen, aber einen Beitrag zur Zukunftsicherung des Standortes zu verweigern. Deshalb müssen wir die Zukunftssicherung im Interesse des Landes notfalls erzwingen, zum Beispiel mit der Ausbildungszulage.“

Beiden Praktikern lösen solche Floskeln schon seit längerem Unverständnis aus. „Outsourcing im internationalen Rahmen ist keine Frage von Patriotismus, sondern von Wettbewerbsfähigkeit, der Anpassung an dynamische Märkte und veränderter Rahmenbedingungen“, kommentiert Udo Nadolski, Geschäftsführer des Düsseldorfer Beratungsunternehmens Harvey Nash, die vaterländischen Töne der Spitzengenossen.

In die Schlagzeilen kommen oft nur die Giganten. So schreckte Siemens-Chef Heinrich von Pierer nicht nur die Vertreter der IG Metall, sondern auch die breite Öffentlichkeit auf, als er die Verlagerung von tausenden Arbeitsplätzen ins Ausland ankündigte. Zum Hintergrund: Der deutsche Konjunkturmotor springt einfach nicht an. Allerorten Stagnation, insbesondere in der IT- und TK-Branche. Daher plant Siemens, beispielsweise seine Software-Entwicklung und andere Berei-

che im großen Stil nach Osteuropa auszulagern. „Alle Beteiligten wissen, dass inzwischen nicht mehr nur einfache Tätigkeiten in asiatische und osteuropäische Länder verlagert werden, sondern auch hoch qualifizierte IT-Dienstleistungen. Deshalb sollten wir zu neuen Lösungen kommen, um den IT-Standort Deutschland attraktiver zu machen“, warnt Helmut Reisinger, Geschäftsführer des Stuttgarter IT-Dienstleisters NextiraOne. Das Problem: NextiraOne beschäftigt in Deutschland gerade einmal 1200 Menschen. Selbstverständlich erfährt man da weniger Aufmerksamkeit als der große multinational operierende Siemens-Konzern aus München, der die Schlagzeilen beherrschen kann. NextiraOne's Probleme sind vielleicht ein Fall für die heimische *Stuttgarter Zeitung*, die neuesten Entwicklungen bei Siemens finden sich bei *Spiegel Online* und erreichen unzählige Leser in ganz Deutschland. Und doch lohnt sich ein Blick auf einen konkreten Fall, warum hausgemachte Probleme und nicht die finsternen Mächte der Globalisierung und schrankenlos unpatriotisches *Outsourcing* verantwortlich sind für die schwierige Lage deutscher Unternehmen.

Im Würgegriff des Tarifkartells

In einer Pressemitteilung vom 7. April 2004 gab NextiraOne bekannt, dass die Geschäftsführung des IT-Dienstleisters nach sechsmonatigen Tarifverhandlungen mit der IG Metall die Gespräche mit den Gewerkschaftsvertretern abbrechen werde. „Obwohl wir seit 2003 zeitintensive Gespräche mit der IG Metall führen und detaillierte Vorschläge für eine konstruktive Einigung gemacht haben, gibt es leider auf Seiten der Gewerkschaft kein ausreichendes Angebot zu unseren wesentlichen und betriebsnotwendigen Vorschlägen zur Verlängerung der Arbeitszeit und zu den Entgeltregelungen“, stellte der Geschäftsführer Helmut Reisinger resigniert fest. Reisingers Problem-

analyse: Sein mittelständischer Betrieb habe bei der Tarif- und Entgeltsituation und der Betriebsstruktur die Komplexität eines industriellen Großkonzernes mit neun verschiedenen Gehaltstarifverträgen und neun Manteltarifverträgen. Hieran wolle die IG Metall im Großen und Ganzen festhalten, so Reisingers bittere Bestandsaufnahme.

Bereits zur Jahreswende trat der Stuttgarter IT-Dienstleister aus den zuständigen deutschen Arbeitgeberverbänden – siebzehn an der Zahl (!) – aus. Und er sandte ein Signal an die Belegschaft: Man biete den Mitarbeitern eine betriebliche Vereinbarung an: Rückkehr zur Vierzig-Stunden-Woche und flexible Arbeitszeiten zwischen sechs und 21 Uhr. Wirtschaftsexperten halten die Forderung nach längeren Arbeitszeiten für sinnvoll. In kaum einem Land arbeiten die Beschäftigten weniger Stunden im Jahr (1467), verfügen sie über mehr Urlaubstage (dreißig), gehen sie früher in den Ruhestand (im Durchschnitt mit sechzig Jahren). Das Wirtschaftswachstum des Jahres 2004 basiert zu einem Gutteil auf weniger Feiertagen und ist nicht das Resultat der Bemühungen des einst hoch gelobten „Superministers“ Wolfgang Clement. Der Wirtschaftsjournalist Henrik Müller schreibt in seinem soeben erschienenen Buch *Wirtschaftsirrtümer* denn auch folgerichtig: „Weniger zu arbeiten ist kein Akt der Solidarität, wie DGB-Chef Sommer meint. Im Gegenteil, mehr zu arbeiten ist gesellschaftlich sinnvoll – Arbeit kommt von Arbeit.“ Im Fall von NextiraOne beherzigte die örtliche DGB-Vertretung diese Lehre allerdings nicht und blockierte die Forderung der Geschäftsführung nach Mehrarbeit.

Die neuen Exportschlager der deutschen Wirtschaft sind Arbeitsplätze. Der Chef des Münchener Ifo-Instituts, Hans Werner Sinn, hält Deutschland für den „kranken Mann Europas“. In der Slowakei liegen sämtliche Steuern bei neunzehn

Prozent, was im Durchschnitt zwanzig Prozentpunkte weniger Unternehmenssteuern als in Deutschland ausmacht. Folglich ist die Slowakei eines der beliebtesten Ziele deutscher Mittelständler. Werden diese negativen Befunde wenigstens durch eine erstklassige Ausbildung der deutschen Arbeitnehmer kompensiert? Oft ist ja zu hören, *Offshore-Outsourcing* lohne sich nicht immer, da die Billiglohnländer keine hoch qualifizierten Arbeitskräfte hätten. Stimmt das noch? Gemessen an der Bevölkerung, hat Deutschland zu wenig Wissenschaftler und Ingenieure. Wir rangieren auf Platz zwanzig der Weltrangliste. Vorn liegen Israel, Indien und die Slowakei. Bei der Qualität der naturwissenschaftlichen und mathematischen Ausbildung liegt Deutschland auf Platz 47 – hinter Costa Rica. Diese Wirklichkeit kann sich auch die SPD nicht schönreden.

Was tun?

Die Rezepte, um den Patienten Deutschland zu sanieren, liegen auf dem Tisch. Standortvorteile lassen sich auf Dauer nicht vom Staat diktieren. Mehr Innovationen in Forschung und Bildung, weniger staatliche Regelungen, mehr Risikofreude, moderate Lohnabschlüsse, Schwächung des Tarifkartells und vor allem höhere Wochenarbeitszeiten könnten dem kranken Patienten wieder auf die Beine helfen. Die Union verfügt mit dem Konzept der „Neuen sozialen Marktwirtschaft“ (Angela Merkel) über die nötigen Instrumente. In „Schröderland“ herrscht allerdings Stillstand. Die ausgebrannten Damen und Herren auf der Regierungsbank können das Steuer nicht mehr

herumreißen. Sie sind zu sehr gefangen in ihrer 68er-Ideologie. Dass wir einen Mentalitätswandel brauchen, bestätigt Michael Müller, Geschäftsführer der *a & o aftersales & onsite Services GmbH* in Neuss und Wirtschaftssenator im Bundesverband mittelständische Wirtschaft, in seinen Thesen zum Wirtschaftsstandort Deutschland: „Die abnehmende Innovationskraft der Wirtschaft ist ein Indikator für die ordnungspolitischen Versäumnisse der vergangenen Jahre: Hochtechnologie, Unternehmertum, Erfindergeist und Spitzenleistungen sind in Deutschland gesellschaftlich nicht *en vogue*. Wer hier zu Lande an seiner beruflichen Karriere bastelt, gründet keinen Betrieb, sondern geht in den öffentlichen Dienst. So können wir allerdings die Massenarbeitslosigkeit nicht beseitigen.“

Resümierend lässt sich feststellen, dass die Globalisierung und das damit einhergehende *Offshore-Outsourcing* dann zu steuern sind, wenn Bildung als Schlüssel zur Wahrung nationaler Wettbewerbsfähigkeit verstanden wird. Gerade im Hinblick auf die IT-Branche können wir es uns nicht länger leisten, dass Deutschland in den international boomenden Dienstleistungsbranchen „eine vertrocknete Quelle“ (Udo Nadolski) darstellt. Trotz der schrillen Wahlkampfrhetorik von John Kerry haben die Amerikaner diese Lektion besser verstanden. Wie im Fußball, so haben auch im Bereich von Wirtschaft und Bildung die ausländischen Konkurrenten zu Deutschland aufgeschlossen. Unter der Regierung Schröder besteht die Gefahr, dass unser Land den Anschluss verliert.